

M 12 Basisgruppe Gerechtigkeit in Mülsen

5067115
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt

Me/1321
M51691-

**Streng vertraulich
Um Rückgabe wird gebeten!**

Karl-Marx-Stadt, 16. 5. 1989

3 Blatt

Nr. /

Ablage 12/14

1. Exemplar
18/4
BStU
000269
Gen. ...

INFORMATION über

Aktivitäten der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit"
des "Konziliaren Prozesses" der Evangelisch-
Lutherischen Kirche in Zwickau

Abteilungsleiter

Verteiler:

- 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt/Gen. BARTL
Vorsitzender des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt
- 1. Sekretär der SED-Stadtleitung Zwickau
- 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Zwickau
- Zentrale

Leiter der AKG

i.V. Paul
Oettmeier
Oberst

BStU, C-XX-227, Bl. 2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

2

Wie der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt bekannt wurde, führten am 8. 5. 1989, um 19.30 Uhr, Mitglieder der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit" der Evangelisch-Lutherischen Kirche Zwickau in der Kirchgemeinde Mülsen St. Niclas, Kreis Zwickau, eine Veranstaltung durch.

An dieser im engen Zusammenwirken und unter Beteiligung des Pfarrers der Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde Mülsen St. Niclas

L. [REDACTED] Theodor
[REDACTED]

BSU
000270

durch Kirchenamtsrat

R. [REDACTED] Andreas
[REDACTED]

den Sprecher der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit"

B. [REDACTED] Hans-Georg
[REDACTED]

sowie weitere 6 Mitglieder des "Konziliaren Prozesses" der Evangelisch-Lutherischen Kirche Zwickau, darunter dem Antragsteller auf ständige Ausreise nach der BRD

D. [REDACTED] Dietmar
[REDACTED]

organisierten Veranstaltung nahmen zicka 70 Gemeindemitglieder von Mülsen St. Niclas teil.

Nach der Begrüßung durch Pfarrer L. [REDACTED] und Kirchenamtsrat R. [REDACTED] erfolgte zunächst ein sogenanntes Anspiel. Darin wurde entsprechend dem vom Kirchenamtsrat R. [REDACTED] erarbeiteten Material "Handreichungen zu Fragen der Mitgliedschaft in der Pionierorganisation 'Ernst Thälmann' und in der Freien Deutschen Jugend" auf angebliche Widersprüche und Konflikte religiös gebundener Bürger mit der staatlichen Bildungspolitik eingegangen. Gleichzeitig kamen diese "Handreichungen", die eine Dokumentensammlung geltender rechtlicher Bestimmungen in der DDR beinhalten und als "Hilfeleistung" bei angeblichen Benachteiligungen kirchlich gebundener Personen für deren Auseinandersetzung mit staatlichen Organen gedacht ist, zur Verteilung unter den Anwesenden.

Die Resonanz der Besucher auf dieses "Anspiel" und die "Handreichungen" bestand darin, daß sich einige zu Wort meldeten und um eine Konsultation bei Mitgliedern der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit" nachsuchten.

Im zweiten Teil der Veranstaltung bat Pfarrer [REDACTED] die Mitglieder der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit" um Darlegungen zur Kommunalwahl in der DDR. In diesem Zusammenhang brachte er zum Ausdruck, ihm sei bekannt, daß sich in Mülsen St. Jacob, Mülsen St. Niclas und anderen Gemeinden des Kreises Zwickau kirchliche Kräfte an der Stimmenauszählung beteiligt hätten. Er selbst zweifele an, daß ein Ergebnis von 98 Prozent oder darüber den Realitäten entspreche.

Daraufhin äußerte das anwesende Mitglied der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit"

M. [REDACTED] Stephan
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

daß in Berlin alle Wahllokale von Vertretern kirchlicher Gruppen kontrolliert worden seien und man bis zu 30 Prozent Gegenstimmen festgestellt habe, die aber nicht veröffentlicht worden seien. Deshalb werde von seiten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Berlin von Wahlfälschung gesprochen und an die Abgeordneten sei die Aufforderung ergangen, von ihrem Mandat zurückzutreten.

Diese Ausführungen wurden von dem B. [REDACTED] Hans-Georg dahingehend ergänzt, wonach durch den Einfluß kirchlicher Kräfte zur nächsten Volkskammerwahl ein "fairer Wahlablauf" erreicht werden soll.

Zum Abschluß der Veranstaltung bat Kirchenamtsrat R. [REDACTED] die Besucher, sich in zwei ausliegende Listen einzutragen. Während sich in die erste Liste, welche die Beantragung einer Act Dauerbezug der "Handreichungen" beinhaltet, eine große Anzahl von Interessenten eintrug, erklärten sich nur 4 Personen mit ihrer Eintragung in die ausliegende zweite Liste bereit, künftig als Kontaktpartner für den "Konziliaren Prozeß" in Zwickau zu fungieren.